



**jüdisches Forum
für Demokratie und gegen Antisemitismus**

Tätigkeitsbericht:

**Auswahl an Veranstaltungen und
Veröffentlichungen des Jüdischen Forums für
Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA)**

2010

1.AUFGABEN DES JFDA.....	3
2.VERANSTALTUNGEN UND KOOPERATIONEN IM RAHMEN DER ANTISEMITISMUSBEKÄMPFUNG UND FÖRDERUNG DES DEMOKRATISCHEN STAATSWESENS.....	4
PODIUMSDISKUSSION: NEUER ANTISEMITISMUS – FORSCHUNGSSTAND UND TENDENZEN.....	5
GEGENKUNDGEBUNG ZUM AL-QUDS-TAG 2010.....	6
TAGESSEMINAR ZUR POLITISCHEN BILDUNG ALS KOOPERATIONSVERANSTALTUNG ZWISCHEN DER LANDESPOLIZEISCHULE (ZSE IV C 15) UND DER JGzB.....	7
PODIUMSDISKUSSION: DELEGITIMIERUNGSKAMPAGNEN GEGEN ISRAEL UND DER NEUE ANTISEMITISMUS.....	8
"ALLTAG IM GELOBTEN LAND" - GESPRÄCH MIT ULRICH SAHM.....	9
PODIUMSDISKUSSION: „PILGERFAHRT NACH AUSCHWITZ“ – ZUM UMGANG DEUTSCHER MEDIEN MIT ERINNERUNGSKULTUR, ISRAELKRITIK UND ANTISEMITISMUS.....	10
PODIUMSDISKUSSION: DEUTSCHLAND UND IRAN – EINE VERHÄNGNISVOLLE FREUNDSCHAFT?...11	
PODIUMSDISKUSSION: ISRAELISCHE POLITIK – JÜDISCHE LOYALITÄTEN.....	13
3. PRESSEMITTEILUNGEN (AUSWAHL).....	14
23. JUNI 2010: IN HANNOVER STEINWÜRFE AUF JÜDISCHE TANZGRUPPE.....	15
3. JUNI 2010: STELLUNGNAHME DER JÜDISCHEN GEMEINDE ZU BERLIN ZUM ZWISCHENFALL VOR DER KÜSTE GAZAS.....	16
2. JUNI 2010: AUFRUF ZUM MORD AN JUDEN.....	17
17. MAI 2010: BRANDANSCHLAG AUF SYNAGOGE IN WORMS: ABSCHEULICHE TAT IM SCHUTZ DER DUNKELHEIT	18
28. APRIL 2010: KEIN INNERJÜDISCHES PROBLEM.....	19
12. JANUAR 2010: PROZESS GEGEN DIE SIEBEN MITGLIEDER DER FÜHRUNG DER IRANISCHEN BAHÁ'Í-GEMEINDE.....	20
4. SONSTIGES (AUSWAHL).....	21
16. AUGUST 10 – 31. DEZEMBER 10: PROJEKT „20 JAHRE WIEDERVEREINIGUNG – 20 JAHRE JÜDISCHE ZUWANDERUNG AUS DER EHEMALIGEN SOWJETUNION	22
02. JANUAR 2010: BERICHT ÜBER DIE DRITTE KONFERENZ DES "GLOBAL FORUM FOR COMBATTING ANTISEMITISM"	24

1. Aufgaben des JFDA

Am 30. April 2008 wurde das von Lala Süsskind und Levi Salomon initiierte Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) mit der Unterstützung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin gegründet. Seit 2012 ist das Forum nun als Verein tätig. Zweck des JFDA sind die Stärkung des demokratischen Staatswesens, durch politische Bildung, Förderung von Kunst und Kultur, Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, sowie die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten und des Völkerverständigungsgedankens. Hierzu gehört der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus, sowie die Förderung des interkulturellen und interreligiösen Austauschs. Wir unterstützen dazu demokratische Institutionen und die Zusammenarbeit aller zivilgesellschaftlichen Akteure zum Schutz der Menschenrechte und des Grundgesetzes.

Antisemitismus wird als Hass gegen Juden verstanden, der sich sowohl verbal, als auch durch Gewalt manifestieren kann. Antisemitismus kann sich auch als Antizionismus ausdrücken. Hierbei wird an Stelle der „Juden“ die zionistische Bewegung – nämlich das Recht der Juden auf einen Staat – angegriffen und/ oder in Frage gestellt. Ebenso wird berechnete Kritik an diesem demokratischen Staat genutzt, um durch überzogene und einseitige Stellungnahme den Staat Israel zu diffamieren und zu delegitimieren (in Anlehnung an die Working Definition of Antisemitism der OSZE).

Das JFDA verfolgt seine Ziele durch Bildungs-, Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, wie beispielsweise die Organisation von Vortragsreihen und Konferenzen, die Herausgabe von Resolutionen und Publikationen, sowie das Erstellen von Dokumentationen. Außerdem führt es ein unabhängiges Monitoring durch und erfasst und bewertet antisemitische Vorfälle und Tendenzen, sowie andere gegen das Grundgesetz und die Menschenrechte gerichtete Vorkommnisse. Damit sollen die Öffentlichkeit sowie staatliche Institutionen auf Probleme aufmerksam gemacht und für Gegenmaßnahmen gewonnen werden.

2. Veranstaltungen und Kooperationen im Rahmen der Antisemitismusbekämpfung und Förderung des Demokratischen Staatswesens

Podiumsdiskussion: Neuer Antisemitismus – Forschungsstand und Tendenzen

Mittwoch, 15. September 2010, 9.15 –16.00 Uhr
Neue Synagoge Berlin
Oranienburger Straße 28 – 30

Teilnehmer:

Prof. Dr. Robert S. Wistrich, Hebrew University of Jerusalem
Anetta Kahane, Antonio-Amadeu-Stiftung, Berlin
Klaus Faber, Staatssekretär a.D., Rechtsanwalt Potsdam
Yoav Sapir, Berlin
Ahmet Senyurt, Journalist, Köln
Sönke Rix, MdB
Prof. Dr. Gerhard Baader, Institut für Geschichte der Medizin, FU Berlin

Moderation:

Levi Salomon, Jüdisches Forum, Berlin
Janina Myrczik, Jüdisches Forum, Berlin
Dr. Tobias Mörschel, FES Berlin

Grußworte:

Lala Süsskind, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin
Dr. Tobias Mörschel, FES Berlin

Antisemitismus muss nach wie vor als eine vielschichtige Gefahr für Demokratie und Gesellschaft betrachtet werden. Der versuchte Brandanschlag auf die Wormser Synagoge im Mai 2010 veranschaulicht dies nur zu deutlich. Der Hass gegen Juden, der in seiner offenen Variante gesellschaftlich tabuisiert ist, findet häufig seinen Ausdruck in der Agitation und Propaganda gegen Israel.

Nach der Auseinandersetzung um die Gaza-Flottille kam es in Deutschland zu einem rasanten Anstieg an antisemitischer Hasspropaganda im Internet, die auch eindeutige Mordaufrufe gegen Juden umfasste. Auf den Gaza-Demonstrationen im Mai und Juni waren auch antisemitische Parolen zu hören. Es kam zu Bündnissen zwischen türkischen und arabischen Gruppierungen mit Linksextremisten, die sich durch antijüdische Parolen und Symbole von Hamas und Hisbollah nicht abschrecken ließen. Auch einige Neonazis, bei denen Antisemitismus nach wie vor zentraler Bestandteil ihrer Ideologie ist, riefen mit zu den Protesten auf.

Die Tagung will Antisemitismus in den verschiedenen politischen Spektren und seinen aktuellen Varianten beleuchten. Dazu sind Experten aus Wissenschaft und Politik geladen. Ziel ist eine Bestandsaufnahme der aktuellen Antisemitismusforschung und der antisemitischen Gefährdung des demokratischen Miteinanders sowie die Entwicklung von Handlungsperspektiven.

Gegenkundgebung zum Al-Quds-Tag 2010

Samstag, 4. September 2010, Beginn: 14 : 00 Uhr
Kurfürstendam/Ecke Joachimstalerstr. (U-Bahnstation Kurfürstendamm)

Seit 1979 folgen jährlich zum Ende des Fastenmonats Ramadan islamistische Organisationen weltweit dem Aufruf zum „Al-Quds-Tag“ als Kampftag des politischen Islam. Ajatollah Khomeini forderte nach der islamistischen Machtergreifung im Iran seine Anhänger und Anhängerinnen zur weltweiten Ausbreitung der islamischen Revolution, zur „Befreiung“ Jerusalems und zur Vernichtung Israels auf.

In dieser Tradition verbreitet der Präsident der Islamischen Republik Iran, Mahmoud Ahmadinejad, seit Jahren Hasspropaganda gegen die USA und Israel. Gleichzeitig unterstützt das Mullah-Regime mit Geld und Waffen antisemitisch ausgerichtete Terrororganisationen wie Hisbollah und Hamas gegen Israel und seine Verbündeten, es leugnet den Holocaust, arbeitet an seiner atomaren Bewaffnung, ignoriert Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates und übt im Iran eine blutige Terrorherrschaft gegen die eigene Bevölkerung aus. Seit 1979 und besonders seit dem Aufstand von Millionen mutiger Iranerinnen und Iraner im Sommer 2009 werden politisch Andersdenkende, Angehörige religiöser, ethnischer und sexueller Minderheiten sowie Frauen verfolgt, gefoltert und ermordet. Bis heute versuchen das Mullah-Regime und Anhänger des politischen Islam, den Al-Quds-Tag auch international als religiösen Feiertag zu etablieren. Nach den Aufklärungskampagnen unseres Gegenbündnisses wurde der Al-Quds-Tag zumindest in Deutschland von interreligiösen Kalendern entfernt.

Seit 1996 wird fast jedes Jahr in islamistischen Kreisen zum Al-Quds-Aufmarsch in Berlin mobilisiert. Dieses

Jahr wird er für den 4. September angekündigt. Erneut ist eine Beteiligung von Neonazis und anderen Sympathisanten des Mullah-Regimes zu erwarten. Ihr Ziel ist klar: Die Solidaritätsbezeugungen mit den Palästinensern werden zur Agitation gegen Israel, der einzigen freiheitlichen Demokratie im Nahen Osten, genutzt. Das menschenverachtende Regime der Islamischen Republik Iran wird öffentlich glorifiziert. Demokratie, Freiheit und Menschenrechte – wie sie in der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" definiert sind - werden verhöhnt. Unser Bündnis hat bewirkt, dass dies heute nicht mehr so offen geschieht wie in den Anfangsjahren, die Islamisten ihre Rhetorik entschärfen mussten und eine öffentliche Debatte zum Thema angestoßen wurde.

Wir – das sind verschiedene politisch und sozial engagierte Gruppen und Einzelpersonen - rufen deshalb auch in diesem Jahr zu einer Kundgebung gegen den antisemitischen und antidemokratischen "Al-Quds-Tag" auf.

Demonstrieren Sie gemeinsam mit uns gegen jede Form von antisemitischer, antiisraelischer und antiwestlicher Propaganda, gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Islamischen Republik im Iran und für Solidarität mit der iranischen Freiheitsbewegung und mit Israel.

Demonstrieren Sie gemeinsam mit uns gegen jede Form von antisemitischer, antiisraelischer und antiwestlicher Propaganda, gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Islamischen Republik im Iran und für Solidarität mit der iranischen Freiheitsbewegung und mit Israel.

Tagesseminar zur politischen Bildung als Kooperationsveranstaltung zwischen der Landespolizeischule (ZSE IV C 15) und der JGzB

Datum: 01.07.2010

Thema: Antisemitismus / Islamismus / Bedeutung des Al-Quds-Tages

Moderation: Jörg Ehling, ZSE IV C 15

Ablauf

- 09:00 – 09:15 Begrüßung (Lala Süßkind, Vorstandsvorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Harald Wunderlich, Leiter der Landespolizeischule, Monika Thamm, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus)
- 09:15 – 10:00 Erscheinungsformen des Antisemitismus und des Islamismus
(Levi Salomon, Beauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin für die Bekämpfung des Antisemitismus)
- 10:00 – 11:00 Ideologie von HAMAS und „Hizb Allah“, Hintergründe zum Al-Quds-Tag, Erkennen islamistischer Fahnen und Symbole (Dr. Olaf Farschid, SenInnSport, Abt. Verfassungsschutz)
Gefährdungsbewertung aus Sicht des polizeilichen Staatsschutzes
(Karsten Gillert, LKA 54)
- 11:00 – 11:30 Pause
- 11:30 – 12:15 Demonstrationen zum Al Quds Tag in Berlin, Akteure, Erfahrungen, neue Entwicklungen. Was ist in diesem Jahr zu erwarten?
(Claudia Dantschke, ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur)
- 12:15 – 13:00 Versammlungsrechtliche Probleme im Zusammenhang mit dem Al Quds Tag, Durchsetzung von Auflagen, Verständnis- und Sprachschwierigkeiten, Erfahrungen Al Quds Tag 2009
(Oliver Tölle, PPr St 6, Levi Salomon, Jüdische Gemeinde zu Berlin)
- 13:00 – 14:00 Pause
- 14:00 – 16:00 Expertengespräch, Fragen und Diskussion mit allen Referenten

Podiumsdiskussion: Delegitimierungskampagnen gegen Israel und der neue Antisemitismus

Dienstag, den 29. Juni 2010, **18. 00 Uhr**
Neue Synagoge Berlin, Großer Saal, Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin

Diskussion mit:

Dr. Richard Herzinger, Die WELT/WELT am SONNTAG, Politischer Korrespondent

Prof. Gert Weisskirchen, MdB, SPD, bis 2009, von 2006 bis 2009 Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden für die Antisemitismusbekämpfung

Aaron Sagui, Pressesprecher der Botschaft des Staates Israel

Monika Thamm, MdA Berlin, CDU-Fraktion, Mitglied des JFDA

Dr. Nikoline Hansen, FDP, Vorsitzende des Bundes der Verfolgten des Naziregimes

Dr. Rafael Korenzecher, Herausgeber von Jüdisches Berlin/Jewish Berlin Online, Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e.V.

Moderation:

Staatssekretär a. D. Klaus Faber, Rechtsanwalt, Publizist, Vorstandsmitglied im Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus e.V.

Grußworte:

Lala Süsskind, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Michael Spaney, stopthebomb, Germany

Viele Anti-Israel-Kampagnen haben es jimmer wieder gezeigt: Israel wird häufig mit Maßstäben gemessen, die auf andere Länder nicht angewandt werden. „Menschenrechts- und Friedensaktivisten“ kümmern sich wenig oder gar nicht um die Massaker und andere schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen oder etwa um „besetzte Gebiete“ im Iran, im Sudan, in Tschetschenien, in Kaschmir, in Pakistan, in Somalia, in Sinkiang, in Tibet, in Westneuguinea, in Syrien, im Libanon oder auf Zypern, nehmen aber jeden Anlass wahr, um Israel zu „kritisieren“. Oft wird bei der antiisraelischen Agitation auch die Grenze zum neuen Antisemitismus überschritten, der Israel zum Juden unter den Staaten macht, den man mit allen Mitteln diffamiert. Manche begeben sich dabei in eine Position der Scheinneutralität zwischen antisemitischem Aggressor und jüdischem Verteidiger, z. B. im Konflikt Israels mit der antisemitischen iranischen Mullah-Diktatur und den Mullah-Verbündeten Hisbollah und Hamas.

"Alltag im Gelobten Land" - Gespräch mit Ulrich Sahn

Moderation: Jochen Feilcke

Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin,
dem Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus
sowie der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Berlin und Potsdam

Verantwortlich: Levi Salomon, levi.salomon@jg-berlin.org

Veranstaltungsort: Neue Synagoge Berlin, Großer Saal

Oranienburger Straße 28/30, 10117 Berlin-Mitte

Ulrich Sahn 1950 in Bonn geboren als Sohn eines deutschen Diplomaten. Studium der evangelischen Theologie, Judaistik und Linguistik in Deutschland, ab 1970 Studium der Hebräischen Literatur an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Seit 1975 Nahost-Korrespondent für deutsche Medien mit Sitz in Jerusalem. Er hält Vorträge in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Ulrich Sahms besonderes Merkmal ist gründliche Recherche in Kombination mit seiner Insiderperspektive, was das Leben in diesem nahen und doch so fremden Nachbarland antreibt und hemmt. In seinem Buch „Alltag im gelobten Land“ schildert er Kriegsschrecken neben archäologischen Sensationen, kulinarische Entdeckungen neben politischen Absurditäten.

Podiumsdiskussion: „Pilgerfahrt nach Auschwitz“ – Zum Umgang deutscher Medien mit Erinnerungskultur, Israelkritik und Antisemitismus

Dienstag, 27. April 2010, 19 Uhr
Neue Synagoge, Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin

mit:

- **Ines Pohl**
Chefredakteurin der Tageszeitung *taz*
- **Thomas Schmid**
Herausgeber der Tageszeitung *Die Welt*
- **Stephan-Andreas Casdorff**
Chefredakteur der Tageszeitung *Der Tagesspiegel*
- **Thierry Chervel** (Moderation)
Mitbegründer und Chefredakteur des Onlinemagazins *Perlentaucher*

Grußwort:

- **Lala Süsskind**
Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

*Im Anschluss Empfang.
Eintritt frei – der Veranstaltungsort ist rollstuhlgerecht.*

Podiumsdiskussion: Deutschland und Iran – Eine verhängnisvolle Freundschaft?

Eine Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (JGzB), des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) und von STOP THE BOMB.

Mittwoch, 14.4.2010, 18.00 Uhr
Neue Synagoge, Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin

Podiumsteilnehmer

- **Matthias Küntzel**

Politikwissenschaftler und Publizist, Hamburg

- mit **Einführungsvortrag** -

- **Oliver Thränert**

Experte für Sicherheitspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Moderation

- **Alex Feuerherdt**, freier Publizist, Bonn

Grussworte

- **Lala Süsskind**, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin
- **Fathiyeh Naghibzadeh**, Mitgründerin von STOP THE BOMB

Im Anschluss Empfang.

Eintritt frei – der Veranstaltungsort ist rollstuhlgerecht.

Deutschland und Iran: Eine verhängnisvolle Freundschaft? Die deutsche Iran-Politik angesichts von Atomprogramm, Antisemitismus und Menschenrechtsverletzungen des iranischen Regimes

Während die Führung der Islamischen Republik Iran ihre Herrschaft mit mörderischer Brutalität gegen die iranische Freiheitsbewegung behauptet, treibt sie auch ihr Atomprogramm weiter voran. Dass es dabei vor allem um eine militärische Nutzung geht, wird international kaum noch angezweifelt; bereits die entscheidende Rolle der Iranischen Revolutionsgarden im Atomprogramm ist dafür ein deutliches Zeichen.

Im Zentrum der Bedrohung steht Israel: In den letzten Wochen wurden die Drohungen seitens der iranischen Führung nochmals verstärkt. „Das göttliche Versprechen ist die Vernichtung des künstlichen, verbrecherischen, zionistischen Regimes. Und der große Sieg ist nahe“, so der iranische Präsident Ahmadinejad. Bei mehreren Treffen und Konferenzen stimmte sich die iranische Führung mit dem syrischen Präsident Assad, Hisbollah-Generalsekretär Nasrallah, Hamas-Führer Mashal sowie Vertretern weiterer antisemitischer und islamistischer Terrororganisationen in ihrem Kampf gegen Israel ab. Doch das iranische Regime bedroht nicht nur Israel, denn die „Islamische Revolution“ kennt erklärtermaßen keine Grenzen. Die Gefahr des islamistischen Terrors würde durch Atomwaffen in den Händen des iranischen Regimes potenziert. Weitere vorhersehbare Folgen globaler Dimension wären die nukleare Aufrüstung zahlreicher weiterer Staaten, ein drastisch erhöhtes Risiko atomarer Krisen und Kriege sowie die endgültige Aushöhlung des Atomwaffensperrvertrags.

Das Atomprogramm dient nicht zuletzt der Machtsicherung eines Regimes, welches sich durch die anhaltenden mutigen Proteste seit den gefälschten Präsidentschaftswahlen im Juni 2009 in der bislang schwersten innenpolitischen Krise befindet. Vor öffentlichen Protestanlässen werden inhaftierte Oppositionelle hingerichtet, um die Bevölkerung einzuschüchtern; Folter, Verhaftungen, Vergewaltigungen, Schauprozesse, Verbote und Zensur sind an der Tagesordnung. Und während die alten Eliten des Regimes sich untereinander bekämpfen, bringen die Revolutionsgarden immer größere Teile der Politik und Wirtschaft im Iran unter ihre Kontrolle.

Mit der Repression gegen die iranische Freiheitsbewegung, dem offensiv vorangetriebenen Atomprogramm und der antisemitischen und antiwestlichen Hetze demonstriert das Regime unmissverständlich seinen Charakter und seine Entschlossenheit. Wie sehen dagegen die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft und besonders Deutschlands aus? Setzt die deutsche Politik auf die Freiheitsbewegung oder vielmehr auf eine „strategische Partnerschaft“ mit dem Regime? Zieht sich die deutsche Wirtschaft tatsächlich, wie von einigen Unternehmen verkündet, aus dem Iran zurück, oder laufen die Geschäfte über Umwege oder auch ganz direkt weiter?

Podiumsdiskussion: Israelische Politik – Jüdische Loyalitäten

Donnerstag, 25. März, 19 Uhr
Neue Synagoge, Oranienburger Straße 28-30, 10117 Berlin

Podiumsteilnehmer:

- Shimon Stein

Diplomat, von 2001 bis 2007 Botschafter des Staates Israels in der Bundesrepublik Deutschland

- Prof. Dr. Micha Brumlik

Erziehungswissenschaftler, Mitherausgeber der Blätter für deutsche und internationale Politik, Frankfurt am Main

- Moderation: Nathan Gelbart

Vorsitzender Keren Hayesod, Deutschland

Grußwort:

Lala Süsskind

Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde von Berlin

Im Anschluss Empfang.

Eintritt frei – der Veranstaltungsort ist rollstuhlgerecht.

Israelische Politik – Jüdische Loyalitäten: Das Verhältnis der deutschen Juden zu Israel

Die Frage nach der Loyalität deutscher Jüdinnen und Juden gegenüber dem Staat Israel ist immer wieder Grund für polemische Auseinandersetzungen. Diese Kontroverse wollen wir, die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA), zum Anlass nehmen, im Rahmen einer Podiumsdiskussion die Debatte zu skizzieren und diese kritisch zu hinterfragen.

Wie ist die Staatsgründung Israels aus heutiger Sicht zu bewerten? Wie ist das Verhältnis zwischen dem Staat Israel und Jüdinnen und Juden in aller Welt? Welche Rolle spielt der Zionismus für die jüdische Diaspora? Diese und andere Fragen werden wir auf dem Podium diskutieren. Zudem wollen wir einen Blick in die Zukunft werfen und erörtern, wie die Beziehung der jüdischen Diaspora zu Israel künftig gestaltet werden kann.

Als Ausgangspunkt für die Diskussion dient das kontrovers rezipierte Essay „Israelische Politik. Jüdische Loyalitäten“ (Gazette, Herbst 2009) von Micha Brumlik, den wir neben Shimon Stein, dem ehemaligen Botschafter des Staates Israel, auf dem Podium begrüßen werden.

3. Pressemitteilungen (Auswahl)

23. Juni 2010: In Hannover Steinwürfe auf jüdische Tanzgruppe

Nach den Vorfällen um die Flottille vor der Küste Gazas am 31. Mai 2010 und der Verschlechterung des politischen Verhältnisses zwischen der Türkei und Israel haben wir einen rasanten Anstieg an antisemitischer Hasspropaganda und Morddrohungen gegen Juden im Internet feststellen müssen. Auszüge zu unserer Recherche finden Sie gesondert im Anhang. Dazu ermittelt bereits der Staatsschutz.

Aktuell haben wir von einem erschütternden Vorfall am 19. Juni in Hannover erfahren. Auf einem Stadtteilstadtteil wurde eine jüdische Tanzgruppe von Jugendlichen mit Steinen beworfen und einer von ihnen soll mit einem Megafon gerufen haben, weg mit den Juden.

Etwa 30 Jugendliche, von einer Augenzeugin als ‚überwiegend mit arabischem, aber auch mit türkischem Migrationshintergrund‘ wahrgenommen, bewarfen die Tänzer der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover mit Steinen, bis sie die Bühne verließen. Eine Frau wurde am Bein verletzt. Trotzdem wurde die Veranstaltung fortgesetzt, ohne die jüdischen Tänzer. Die Polizei wurde nicht benachrichtigt.

Einige Zuschauer äußerten ihren Verdacht, die Aktion sei vorbereitet gewesen, da die Jugendlichen bereits Steine oder Kiesel in der Tasche gehabt hatten, als die Tanzgruppe die Bühne betrat.

Wir finden es erschreckend und skandalös, dass diese Tat von Jugendlichen im geschätzten Alter zwischen 10 und 14 Jahren verübt wurde. Hier muss davon ausgegangen werden, dass die Umgebung dieser Jugendlichen antisemitisches Gedankengut zulässt oder gar unterstützt.

Gerade, weil es sich um einen problematischen Bezirk handelte, in dem dieses Fest stattfand, muss sich die Veranstaltungsleitung der Frage stellen, wie so etwas auf einem interkulturellen Fest passieren konnte, wieso die Störer nicht gebändigt wurden, wieso das Fest trotzdem weiterging und nicht stattdessen dieser Vorfall Thema wurde und wieso nicht die Polizei eingeschaltet wurde.

An dieser Stelle sind Politik und Zivilgesellschaft gefragt, bundesweit in diesem Umfeld umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus zu verstärken. Besonders wichtige Partner sind dabei türkische und arabische Organisationen. Es geht nicht um dumpfen Alarmismus, sondern darum, dass eine öffentliche Debatte entsteht.

3. Juni 2010: Stellungnahme der Jüdischen Gemeinde zu Berlin zum Zwischenfall vor der Küste Gazas

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin bekundet ihr ausdrückliches Bedauern, dass bei den Ereignissen vor der Küste Gazas am 31. Mai 2010 Menschen ums Leben gekommen sind. Deshalb muss gründlich recherchiert und untersucht werden, welche Umstände zu diesem Vorfall geführt haben. Solange aber noch kein abschließendes Ergebnis vorliegt, wehren wir uns gegen eine einseitige und vorschnelle Vorverurteilung Israels. Mit Bedauern muss die Jüdische Gemeinde zu Berlin aber feststellen, dass ein überwiegender Teil der Berichterstattung genau dies tut: Israel an den internationalen Pranger zu stellen, während gleichzeitig Fakten über die Organisatoren dieser politischen Aktion ungenannt bleiben. Unter den Organisatoren befanden sich auch radikalislamische Organisationen. Denn es war nicht nur Ziel Hilfsgüter nach Gaza zu liefern, sondern auch eine gründlich geplante, der HAMAS, einer antisemitischen Terrororganisation in die Hände spielende, Propagandaaktion zu platzieren.

2. Juni 2010: Aufruf zum Mord an Juden

In Folge der bedauernswerten Vorfälle vor der Küste Gazas grassiert im Internet antisemitische Hetze in ihrer übelsten Form bis hin zum offenen Aufruf zum Mord an Jüdinnen und Juden.

Diese Beiträge finden sich u.a. in sozialen Netzwerken wie facebook. Sie sind für jeden unter folgender Adresse zu finden:

<http://youropenbook.org/?q=jude&x=21&y=8&gender=any>

Lala Süsskind, Vorsitzende der jüdischen Gemeinde zu Berlin, reagierte geschockt auf solche antisemitischen Angriffe. Die gesamte Gesellschaft sei gefordert entschieden gegen derartige Hetze und Mordaufrufe vorzugehen.

Die jüdische Gemeinde, als Bestandteil dieser Gesellschaft, wird das vorliegende Material an die zuständigen Behörden übergeben.. Wir fordern die Behörden auf, alle rechtlich möglichen Schritte einzuleiten, um die weitere Verbreitung dieser Hasspropaganda zu unterbinden.

Reaktionen der Presse:

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2010/0603/medien/0048/index.html>

<http://www.tagesspiegel.de/politik/juedische-gemeinde-entsetzt-ueber-hasspropaganda/1850796.html>

17. Mai 2010: Brandanschlag auf Synagoge in Worms: Abscheuliche Tat im Schutz der Dunkelheit

Auf die Synagoge in Worms (Rheinland-Pfalz) ist ein Brandanschlag verübt worden. In der Nacht zum Montag, 17. Mai, haben unbekannte Täter ein Fenster des Gebäudes mit einem Brandsatz eingeworfen und die Synagoge an mehreren Stellen mit einer brennbaren Flüssigkeit angezündet. Der Brand konnte durch die Feuerwehr schnell gelöscht werden, so dass diese bis auf rußgeschwärzte Wände nicht ernsthaft beschädigt wurde.

Die Synagoge aus dem 12. Jahrhundert, die während der Novemberpogrome 1938 von den Nationalsozialisten zerstört und erst 1961 wieder aufgebaut wurde, ist nun abermals in Brand gesetzt worden. An dieser Stelle ist vor allem die Zivilgesellschaft gefragt. Vorfälle wie dieser dürfen nicht bagatellisiert und einfach zur Tagesordnung übergegangen werden. Vielmehr sollten die Bemühungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene intensiviert werden, präventiv gegen solche hasserfüllten und antisemitischen Taten vorzugehen.

28. April 2010: Kein innerjüdisches Problem

Am 27. April hatten wir drei Vertreter von Berliner Zeitungen zu einer Podiumsdiskussion eingeladen: Thomas Schmid, Herausgeber der Tageszeitung Die Welt, Ines Pohl, Chefredakteurin der Tageszeitung taz und Stephan-Andreas Casdorff, Chefredakteur der Tageszeitung Der Tagesspiegel, Moderator war Thierry Chervel, Chefredakteur des Onlinemagazins Perlentaucher.

Thema des Abends war die Frage nach dem Umgang deutscher Medien mit Erinnerungskultur, Israelkritik und Antisemitismus, Aufhänger ein in der taz erschienener Kommentar mit dem Titel: „Pilgerfahrt nach Auschwitz“. Die jüdische, in Israel geborene Autorin Iris Hefets behauptet darin, Israel instrumentaliere die Schoa zur Legitimierung seiner menschenrechtsfeindlichen Politik und inszeniere so einen „Schoa-Kult“. Weiter werde diese „Religion mit festen Ritualen“ auch in Deutschland dazu missbraucht, Kritiker israelischer Politik mundtot zu machen. Als Beispiel dafür führt die Autorin das Schicksal Norman Finkelsteins auf, bekannt für sein umstrittenes Buch „Die Holocaust-Industrie“, der vor kurzem in Berlin Absagen von Veranstaltungsorten in Kirchen und Stiftungen erhielt. Aber weder Norman Finkelstein noch Iris Hefets sollten Thema des Abends sein und auch nicht die Frage, wie die jüdische Mehrheit mit den Extremisten in den eigenen Reihen umgeht oder umgehen sollte. Es ging um die Frage, warum in der deutschen Öffentlichkeit immer wieder jüdische Menschen mit wenig repräsentativen Meinungen zu Wort kommen, mit Israelkritik in einer Sprache, die die Grenzen der Geschmacklosigkeit überschreitet, und die bisweilen nachweisbar antisemitische Thesen vertreten. Gefragt werden sollten die anwesenden Chefredakteure und Herausgeber, wie sie diese Tatsache begründen. Auch Frau Pohl war selbstverständlich das Thema der Veranstaltung bekannt und ihr Erscheinen wurde ausdrücklich begrüßt. Aber schon Tage vor der Veranstaltung tauchten Briefe und Pressemitteilungen im Internet auf, die hier ein „Tribunal“ gegen die Autorin Iris Hefets witterten. Nach dem Grußwort der Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Lala Süsskind, sprangen dann also etwa 20 Leute auf und hielten vorbereitete Plakate mit Solidaritätsbekundungen zu Iris Hefets hoch. Die Chefredakteurin der taz solidarisierte sich nun „spontan“ mit diesen Störern und schloss sich der Forderung an, man müsse die Autorin des zitierten Beitrages aufs Podium holen. Das wurde abgelehnt mit der Begründung, dass es nicht nötig sei, zu einem veröffentlichten Text den Autor einzuladen und seine Thesen wiederholen zu lassen. Es ist aber definitiv unüblich, dass ein Podiumsgast den Veranstalter mit der Aussage erpresst, entweder wird getan, was die Störer tun oder ich gehe. Frau Pohl tat genau das und verließ den Saal.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin stellt hiermit fest, dass diese Veranstaltung von Anfang an mit einem Saalmikrofon ausgestattet war. Es war vorgesehen, dass sich jeder aus dem Publikum, der es wollte, zu Wort melden konnte. Beim Einlass wurde nicht kontrolliert, wer teilnehmen wollte. Frau Hefets hätte also problemlos im Saal sitzen und sich zu Wort melden können. Wir stellen fest, dass es wohl vielmehr so ist, dass die Störer auf ihre eigene Propaganda hereingefallen sind. Sie hätten und haben zum Teil sagen können, was sie sagen wollten. Es wurde von uns als den Veranstaltern und von den Diskutanten auf dem Podium sogar erwartet, dass es kontrovers zugehen wird.

Nicht erwartet haben wir diese destruktive und aggressive Form der Störung und schon gar nicht die Solidarisierung und den stillen Abgang der Chefredakteurin einer Tageszeitung. Wir danken daher Herrn Casdorff, Herrn Schmid und Herrn Chervel dafür, die Diskussion trotzdem geführt zu haben. Ihre nachdenklichen und auch tiefgründigen Bemerkungen haben es vermocht, das Thema des Abends den weiterhin anwesenden ca. 300 Gästen zu vermitteln und ihnen das Gefühl zu geben, nicht umsonst gekommen zu sein.

12. Januar 2010: Prozess gegen die sieben Mitglieder der Führung der iranischen Bahá'í-Gemeinde

Zu dem heute begonnenen Prozess gegen die sieben Mitglieder der Führung der iranischen Bahá'í-Gemeinde nehmen die Jüdische Gemeinde zu Berlin und das Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus wie folgt Stellung:

Nach den uns vorliegenden Informationen handelt es sich bei dem Gerichtsverfahren um reine Schauprozesse. Die Anwälte der sieben Bahá'í konnten nur mit Mühen den Zutritt zum Verfahren einfordern, gleichzeitig waren staatlich gelenkte iranische Medien zugegen. Die Öffentlichkeit und damit unabhängige Prozessbeobachter sind ausgesperrt.

Gegen die Bahá'í werden schwerwiegende Anklagen erhoben, die harte Urteile bis hin zu Todesstrafen wahrscheinlich machen. So wird den fünf Männern und zwei Frauen unter anderem vorgeworfen, Spione Israels zu sein und gegen die Regierung Propaganda betrieben zu haben. Zuletzt gab es Äußerungen iranischer Offizieller, die ihnen vorwarfen, für die gewaltsame Protestkundgebung am Aschura-Fest mitverantwortlich zu sein. Jeder, der die Bahá'í-Gemeinde kennt, weiß, dass diese Anschuldigungen frei erfunden sind und nur vom eigenen Versagen der Regierung ablenken soll.

Die iranische Regierung muss rechtsstaatliche Standards im Verfahren gegen die Bahá'í gewährleisten. Da den Angeklagten keine individuelle Schuld nachgewiesen werden kann, müssen sie unverzüglich freigelassen werden.

Die Beziehungen der weltweiten Bahá'í-Gemeinden zum Staat Israel beruhen auf der Tatsache, dass der Stifter dieser jüngsten der Weltreligionen, Bahá'u'lláh (1917-1892), Mitte des 19. Jahrhunderts auf Betreiben des Schahs und des osmanischen Reiches von Teheran über Bagdad, Istanbul und Edirne nach Akko und Haifa verbannt wurde, rund 80 Jahre vor Gründung des Staates Israels. Hier befindet sich seit seinem Tod das administrative und geistige Zentrum der weltweit über fünf Millionen Bahá'í.

On Behalf of the Jewish Forum for Democracy and against Anti-Semitism,
Oranienburger Str. 28-30, 10117 Berlin

Levi Salomon

4. Sonstiges (Auswahl)

16. August 10 – 31. Dezember 10: Projekt „20 Jahre Wiedervereinigung – 20 Jahre jüdische Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion

Das Projekt wurde gefördert vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Im Rahmen des Projekts entstanden zwei Dokumentarfilme sowie eine Broschüre:

Dokumentarfilm „Angekommen“ von Levi Salomon

In seinem Film *Angekommen* lässt Levi Salomon jüdische Zugewanderte der ersten und zweiten Generation aus der ehemaligen Sowjetunion zu Wort kommen. Deutlich werden dabei verschiedene Aspekte, die für eine gelungene Integration von Bedeutung sind. Besonderen Wert legen die Familien, die im Rahmen einer erleichterten Zuwanderung ab 1990 nach Deutschland gekommen sind, auf eine umfangreiche Bildung ihrer Kinder. Aber auch das Wiederentdecken und Ausleben ihrer Religion – in der ehemaligen Sowjetunion war dies nahezu undenkbar – ist ihnen ein großes Anliegen.

Der Alltag der jungen Generation verdeutlicht, dass Integration genau das bedeuten kann, was das Wort im ursprünglichen Sinn meint, nämlich das Herstellen eines Ganzen aus verschiedenen Einzelteilen. Die jungen NachwuchsmusikerInnen und SchachspielerInnen integrieren ihre kulturellen Wurzeln ganz selbstverständlich in ihr Leben in Deutschland. Sie sind angekommen.

Dokumentarfilm: „Doswidanja – Schalom – Guten Tag“ von Levi Salomon

Zuwanderung, Gegenstand vieler Debatten, ist das große Thema dieses Films. Der Regisseur Levi Salomon wirft dabei den Blick auf eine besondere Gruppe: jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion. Seit 1991 konnte durch den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz über die Aufnahme jüdischer Zuwanderer aus der UdSSR über 200 000 von ihnen die Einreise nach Deutschland erleichtert werden – 20 Jahre später geht Salomon der Bedeutung der damaligen Entscheidungen nach.

Stimmungsvoll taucht sein Film in das Leben jüdischer Zuwanderer ein. Der Alltag zwischen jüdischen, russischen und deutschen Traditionen und die Suche nach neuen Identitäten werden skizziert. Längst haben sich die, denen in Deutschland die Gelegenheit gegeben wurde, ihren Glauben frei zu leben und ihren Kindern eine sichere Zukunft mit einer guten Bildung zu ermöglichen, ein neues Leben aufgebaut. Ihr Ankommen – und das ihrer Kinder und Enkel – sowohl in der deutschen Mehrheitsgesellschaft als auch in den jüdischen Gemeinden bildet die Essenz des Films. Sie alle haben dazu beigetragen, das Judentum in Deutschland lebendig und vielfältig zu gestalten. Aber der Film erzählt durch die Stimmen vieler Protagonisten, unter ihnen Rabbiner und deutsche Politiker wie Angela Merkel und Thomas und Lothar de Maizière, nicht nur Einzelschicksale nach – er dokumentiert ein wichtiges Stück deutscher Geschichte.

Broschüre „Doswidanja Sowjetunion – Guten Tag Deutschland“

Redaktion und Konzeption: Isabella von Hobe

Die Broschüre »Doswidanja Sowjetunion – Schalom Deutschland« einen persönlichen Einblick in die Schicksale der Zugewanderten und ihrer Kinder und zeichnet ihren von Höhen und Tiefen, Erfolgen und Misserfolgen geprägten Weg nach. Aber auch die Veränderungen, die sich daraus für die Jüdische Gemeinde zu Berlin ergeben, werden beschrieben. Denn die jüdischen Gemeinden in Deutschland unterlagen in den letzten zwei Jahrzehnten rasanten demografischen Wandlungsprozessen: Seit 1990 sind diese von rund 29.000 auf etwa 105.000 Mitglieder angewachsen, dabei stellen die Zuwanderer inzwischen knapp 80 Prozent.

In der Broschüre kommen unterschiedlichste Protagonisten dieser Zuwanderung zu Wort: Ein Maler erzählt von seiner Ankunft im Jahre 1990 und der anschließenden Odyssee durch Berliner Wohnheime. Kriegsveteranen der Roten Armee berichten über jährliche Feierlichkeiten zum Tag des Sieges. Das Interview mit der Sozialabteilung der Jüdischen Gemeinde spiegelt die Perspektive der Alteingesessenen wider und erinnert an den Flüchtlingsansturm, der sie damals vor neue Aufgaben gestellt hat. Die Mitglieder der Wissenschaftlichen Gesellschaft zu Berlin hingegen blicken auf ihre Zeit als Wissenschaftler in der Ex-Sowjetunion zurück und eine junge Familie will bei der Erziehung ihres 2003 in Berlin geborenen Sohnes jüdische, russische und deutsche Kultur zusammenbringen. Aber auch der Antisemitismus in der ehemaligen Sowjetunion, der für viele ein Grund zur Ausreise war, sowie das paradoxe Verhältnis zu Deutschland, welches ja nicht nur das sprichwörtliche »Land der Dichter und Denker«, sondern auch das der ehemaligen Nationalsozialisten ist, kommen zur Sprache. Was war das wichtigste Jahr seit ihrer Ankunft in Deutschland für sie? Gibt es in Berlin einen Ort, der bezüglich ihres Lebens in Berlin einen zentralen Stellenwert besitzt? Fragen wie diese wurden den Protagonisten gestellt – und ihre Antworten spiegeln sich sowohl in der Zeitreise als auch den Fotos von hoher symbolischer Aussagekraft wider. Für das Jahr 2010 – und somit das Ende der Zeitreise, die mit der Broschüre vollzogen wird – steht eine Diskussion von Schülerinnen und Schülern der Jüdischen Oberschule Berlin über Antisemitismus, jüdisch-russische Mütter, Strom am Schabbes und die Zukunft des Judentums. Ihr Fazit: »Das jüdische Leben in Berlin blüht auf!«

02. Januar 2010: Bericht über die dritte Konferenz des "Global Forum for Combatting Antisemitism"

Sehr geehrte Damen und Herren,
gestatten Sie mir darauf hinzuweisen, dass in "Jüdisches Berlin" ein von mir verfasster Artikel über eine der wichtigsten Konferenzen des Jahres 2009, die dritte internationale Konferenz des "Global Forum for Combatting Antisemitism", erschienen ist:

<http://www.jg-berlin.org/beitraege/details/in-der-delegitimierung-israels-zeigt-sich-das-neue-gesicht-des-antisemitismus-i256d-2010-02-01.html>

Mit freundlichen Grüßen,
Levi Salomon

In der Delegitimierung Israels zeigt sich das neue Gesicht des Antisemitismus

Die Konferenz des Globalen Forums für die Bekämpfung des Antisemitismus in Jerusalem

Im Dezember fand in Jerusalem die dritte internationale Konferenz des »Global Forum for Combating Antisemitism« (GFCA) statt. Mit mehr als 500 Teilnehmern aus über 50 Ländern ist das GFCA die derzeit größte internationale Allianz zur Bekämpfung des Antisemitismus. Das im Jahr 2000 gegründete GFCA hat als Ort des Informationsaustausches, der Vernetzung und Koordination eine zentrale Bedeutung. Die Jüdische Gemeinde zu Berlin ist Mitglied des Forums und wurde bei der jüngsten Konferenz durch Levi Salomon, den Beauftragten für die Bekämpfung des Antisemitismus und Vorsitzenden des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA), vertreten.

Aviva Raz Shechter, Leiterin der Abteilung für Antisemitismusbekämpfung im israelischen Außenministerium, brachte in Jerusalem Politiker, Wissenschaftler, Experten und Aktivisten aus aller Welt zusammen, um bei einer dicht gedrängten Tagesordnung aktuelle Entwicklungen zu diskutieren, aber auch unterschiedliche Schwerpunkte und Kontroversen zu verhandeln. Auf der Agenda standen Themen wie die Delegitimierung Israels in der internationalen Arena und Antisemitismus in der arabischen und muslimischen Welt.

Der israelische Außenminister Avigdor Lieberman beschrieb die Strategie, deren sich der gegenwärtige Antisemitismus bedient: »Statt zu sagen ‚Werft die Juden ins Meer‘ sprechen die Antisemiten von einer Welt ohne Zionismus und ohne Israel!« Der Iran stelle dabei eine zentrale Bedrohung dar. Er leugne den Holocaust, rufe zur Zerstörung Israels auf und sei bemüht, Atomwaffen zu erlangen. »All das erinnert uns daran, was vor 70 Jahren passiert ist«, sagte Lieberman.

Auch Israels Minister für Diasporafragen, Yuli Edelstein, bestätigte auf der Konferenz, dass der traditionelle Antisemitismus zunehmend durch Antizionismus und die damit verbundene Delegitimierung Israels abgelöst werde. Da es heutzutage in einigen Ländern nicht mehr zulässig sei, Hass gegen Juden offen zu äußern, manifestiere sich Antisemitismus nun in einem neuen Gewand. Edel sagte: »Es gibt keine Juden mehr. Stattdessen sind es die Israelis. Israelische Soldaten töten Babys. Israelische Soldaten greifen schwangere Mütter an. Israelis

haben die Kriege im Irak und in Afghanistan angefangen«. Dies erinnere an altbekannte Verschwörungstheorien.

Prof. Robert Wistrich, Direktor des Vidal Sassoon International Center for the Study of Anti-Semitism, unterstrich, dass der Antisemitismus nicht mehr primär vom Staat ausginge (der Iran sei eine nicht zu unterschätzende Ausnahme), sondern von der Zivilgesellschaft. Nach einer Studie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld stimmten über 40 Prozent der Europäer der Aussage zu, Juden versuchten, ihre Vorteile aus dem Holocaust zu ziehen. Der heutige Antisemitismus aktualisiere sich fortwährend, greife aber weiterhin auf klassische Versatzstücke und religiöse Motive zurück.



Konferenz des »Global Forum for Combating Antisemitism« Foto: Levi Salomon

Viele Delegierten problematisieren, dass Antizionismus als eine Neuformulierung der traditionellen Bedrohungen für Juden auch in akademischen und sich links verstehenden Kreisen verbreitet sei. Weltweit würden Intellektuelle, Gewerkschafter und selbst ernannte Antirassisten den Ausschluss von Israelis aus der akademischen, kulturellen und wirtschaftlichen Welt fordern und Juden als die neuen Rassisten und Nazis diffamieren. Zur Untermauerung ihrer Argumente bedienten sie sich auch bei extrem rechten Verschwörungstheorien und rechtfertigten auf diese Weise antisemitische Gewalt und Terrorismus.

Auch die inzwischen fast wieder salonfähigen Relativierungs- und Leugnungsversuche der Schoa wurden mit großer Besorgnis zur Kenntnis genommen. Überdies diskutierten die Konferenzteilnehmer, ob allein durch eine Holocaust-Erziehung dem neuen Antisemitismus entgegengetreten werden könne, da dieser mit Israel als »kollektivem Juden« einen neuen Schwerpunkt gewonnen habe. Auch das Erklärungsmodell, nach dem Israel seine Entstehung und Legitimation allein aus der Schoa ziehe, wurde hinterfragt, da es bedeutende historische und religiöse Argumente für das Existenzrecht ignoriere.

Ein anderes Panel der Konferenz drehte sich um das Thema »Antisemitismus online«. Auch Professor Yehuda Bauer von der Hebrew University betonte die Bedeutsamkeit der neuen Medien und plädierte dafür, anti-antisemitische Medien wie das Middle East Media Research Institute (MEMRI) stärker zu unterstützen. Zudem würden Online-Netzwerke wie Facebook und Twitter inzwischen weltweit intensiv genutzt und sollten bei der Antisemitismusbekämpfung vermehrt im Fokus stehen.

Weitere gewichtige Themen der Konferenz waren die Situation in Lateinamerika und der sich

dort vergrößernde Einfluss des Irans sowie die Erstarkung nationalistischer Tendenzen in Zentral- und Osteuropa.

Auf einer bewegenden Zeremonie in der Knesset wurden fünf Parlamentarier für ihre Arbeit geehrt – unter anderem waren dies der frühere kanadische Justizminister Irwin Cotler und der langjährige deutsche Bundestagsabgeordnete und ehemalige persönliche Beauftragte des OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung des Antisemitismus, Gert Weisskirchen.

»Es ist nicht genug, eine Sitzung nach der anderen zu besuchen und immer aufgeklärter zu werden und besser zu verstehen, was wir nie verstehen werden – denn es ist gegen alle Vernunft, Moral und Logik«, mahnte Abraham Foxman, der Anti-Defamation League National Director, bereits bei der Eröffnungssitzung der Konferenz. Von der aktuellen Situation zeichnete er ein schwarzes Bild. Es gebe kein Land, so Foxman, das 2009 nicht Zeuge antisemitischer Manifestationen gewesen sei: »Seitdem wir leben, oder zumindest die meisten von uns, war die Lage noch nie ernster«. Er forderte eindringlich, dass die Welt mehr tun müsse, als Antisemitismus nur zu erfassen und zu analysieren.

In diesem Sinne ist zu hoffen, dass die Konferenz als Anlass zum Handeln verstanden wird und mithilfe der gebildeten Netzwerke neue Projekte und Initiativen entstehen, die den Kampf gegen Antisemitismus weltweit vorantreiben. Auch die Jüdische Gemeinde zu Berlin wird sich bemühen, dazu ihren Beitrag zu leisten.

Levi Salomon